

tischer Wettbewerb, ein Ringen zumindest zwischen den Parteien um die Gunst der Wähler durch Programme, Argumente und Personen.

Die rechtliche Regelung für Wahlen am 6. Mai werden gegenwärtig im Zusammenhang mit dem Wahlgesetz ausgearbeitet. Dabei geht es um Grundfragen wie der Wahl zwischen Parteien oder der Wahl zwischen Kandidaten, der Einbeziehung weiterer gesellschaftlicher Organisationen oder ihrer Nichteinbeziehung. Letztlich muß es möglich sein, in diesen Fragen in der Volkskammer einen breiten Konsens herzustellen. Da wir noch Gespräche am Runden Tisch führen und verhandeln, würde ich es jetzt für verfrüht halten, hier dazu jetzt unsere Standpunkte zu äußern. Klar ist aber: Wir müssen mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit als Partei in diesen Wahlkampf gehen und, das ist vielleicht auch ein Akt der Ehrlichkeit, und das wollen wir tun, aber eine Partei ist ja nicht irgendwas, sondern wir müssen uns dann eben durch Programme, Argumente und Personen auszeichnen.

Noch ist nicht vollends geklärt, ob am 6. Mai ausschließlich Wahlen zur obersten Volksvertretung oder zu allen Volksvertretungen stattfinden.<sup>187</sup> Das ist in der Volkskammer und am Runden Tisch noch auszutreten. Eines ist heute schon klar: Es wird ein harter Wahlkampf um die Wählerstimmen zwischen den verschiedenen Parteien und politischen Bewegungen geführt werden.

Unsere Partei tritt für Wahlen ein, in denen das Volk frei und souverän seine Abgeordneten für das Parlament bestimmt. In diesem Sinne leisten wir unseren Beitrag für ein neues Wahlgesetz. Höchster Auftrag der am 6. Mai 1990 zu wählenden obersten Volksvertretung sollte der Erhalt der staatlichen Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik sein. Im fairen Wettstreit will unsere Partei ihren spezifischen Anteil einbringen. Das Ziel ist die tatsächliche Verbindung von Sozialismus, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Humanismus auf dem Boden der DDR. Wir schätzen nicht gering, was Generationen des Volkes, darunter Hunderttausende Genossinnen und Genossen, in harter Arbeit und unter schwierigen Bedingungen geschaffen haben. Das war – ich betone unseren Standpunkt hier noch einmal – nicht umsonst. Darauf können und müssen wir bei der Gestaltung eines neuen, humanen, demokratischen Sozialismus aufbauen. Dieses eben auch gute Erbe aber ist auf das äußerste bedroht.

Unser Parteitag hat alte Barrieren überwunden und neue Kräfte freigesetzt, damit wir vorankommen. Als sozialistische Partei sind wir Interessenvertreter vor allem der arbeitenden Menschen in Stadt und Land. In diesem Sinne setzen wir uns – wie betont – für eine Wirtschaft ein, die effektiv, sozial und an ökologischen Maßstäben orientiert ist. Sie muß Vollbeschäftigung sichern. Wir wollen Chancengleichheit für alle Bürger und demokratischen gesellschaftlichen Gruppen. Das bedeutet Kinderfreundlichkeit und Entwicklungsräume für die Jugend, uneingeschränkte Gleichberechtigung der Frauen, Zuwendung und Unterstützung für Alte und Hilfsbedürftige. Unser Wirken gilt dem antifaschistischen,

---

187 Vgl. Anm. 110.